

Fast harmonisch

journal.lu - 03.04.2019



Alle Parteien sind sich darin einig, dass der Nachholbedarf im Wohnungsbau groß ist. Über die Wege zum Ziel gehen die Meinungen aber auseinander. Foto: Editpress/Isabella Finzi

LUXEMBURG

CHRISTIAN BLOCK

Europäisches Semester: Sozialpartner diskutieren über Herausforderungen des Landes und die Regierungspolitik

Erwartungsgemäß mit unterschiedlichen Ansichten aber in vergleichsweise friedlicher Atmosphäre haben Gewerkschafts- und Patronatsvertreter gestern Stellung zur Ausrichtung der Regierungspolitik bezogen. Alljährlich findet das Sozialdialog genannte Treffen zwischen den national repräsentativen Sozialpartnern und Regierung unter dem Vorsitz des Wirtschafts- und Sozialrats statt, um sich mit den Beobachtungen und Empfehlungen der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters zu befassen.

„Es ist keiner hier, der die Alarmglocken läutet“, lautete das Fazit von Premierminister Xavier Bettel (DP) nach mehr als zwei Stunden. Die Debatten seien „konstruktiv“ verlaufen, ohne dass „einer dem anderen komplett widersprochen“ habe. Die im Vergleich zur Situation 2013 deutlich bessere konjunkturelle Ausgangslage mag eine Erklärung dafür sein. Eingangs der Sitzung betonte etwa Finanzminister Pierre Gramegna (DP): „Unserer Staatsfinanzen sind gesund“. Zwar rechne die Regierung in diesem Jahr beim Zentralstaat mit einem Defizit von 650 Millionen Euro, dafür halte der Staat aber auch ein hohes Investitionsniveau bei. Mit Investitionen in Höhe von vier Prozent des BIP liegt Luxemburg deutlich über dem europäischen Durchschnittswert von etwas mehr als zwei Prozent.

Die Brüsseler Analyse des luxemburgischen Rentensystems nannte der liberale Minister indes „ausgeglichen“. Erst mittel- bis langfristig stelle sich die Frage nach der finanziellen Absicherung des Systems.

Wirtschaftsminister Etienne Schneider ging unter anderem auf die nationalen 2020-Ziele ein. „Bei den meisten Zielen werden wir ‚Mission erfüllt‘ vermelden können“, sagte der LSAP-Politiker etwa mit Blick auf die Quote der Schulabbrecher, den Anteil erneuerbarer Energien oder der Energieeffizienz. Weniger aussichtsreich stehe es um die Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Dass das Risiko von Armut und sozialem Ausschluss in Luxemburg unter EU-Durchschnitt liege, „darf uns nicht zufriedenstellen“, meinte Schneider, der im Rahmen einer zukünftigen Steuerreform weitere Maßnahmen in Aussicht stellte.

Entgegengesetzte Meinungen zur Unternehmensbesteuerung

Ein Thema, bei dem die Meinungen gestern auseinander gingen, ist die Unternehmensbesteuerung. Der Regierungschef betonte: „Wir müssen wettbewerbsfähig bleiben“. Ein „Wettrennen“, um sich gegenseitig in der EU zu unterbieten, müsse aber angesichts des Risikos einer gesellschaftlichen Spaltung vermieden werden. CGFP-Präsident Romain Wolff hatte sich zuvor gegen eine weitere Absenkung des Nominalsteuersatzes ausgesprochen - auch mit dem Argument, dass Unternehmen, die eine Ansiedlung in Luxemburg in Erwägung ziehen, sich wohl eher nach dem deutlich geringeren Effektivsteuersatz orientieren dürften. Der Präsident des Unternehmerverbands UEL, Nicolas Buck, hielt dem entgegen, dass eine Absenkung der Körperschaftssteuer mit wachsenden Einnahmen für den Staat korreliere, was er mit einer Grafik über die vergangenen Jahre nachwies. Zudem Konkurrenten in der EU wie Niederlande oder Irland, die ein ähnliches Wirtschaftsmodell wie Luxemburg verfolgen, nicht auf das Großherzogtum warten, mahnte Buck. „Wir sind zu klein, um der Ideologie zu verfallen“, sagte der UEL-Chef und plädierte für eine „pragmatische Position“. In der Mobilität sprach sich Buck für ein Verkehrsnetz nach dem Vorbild Londons aus, das im Größenvergleich weit über die Landesgrenzen hinausreiche. Im Wohnungsbau müsse man derweil „den Privatsektor so viel bauen lassen wie er kann“. An Projekten würde es nicht mangeln, doch die Prozeduren würden viel zu lange dauern. „Wir müssen höher, billiger und dichter bauen“, fügte er hinzu.

OGBL-Präsident André Roeltgen hatte zu diesem Thema andere Vorstellungen. „Man muss viel voluntaristischer gegen Spekulation vorgehen“, sagte er und befürwortete Preiskontrollen, eine nationale Steuer auf brachliegenden Grundstücken und eine progressive Besteuerung von Grundstückseigentümern. Wohnungseigentümer, die also in einem Haus oder Appartement leben, sollten derweil vom „impôt foncier“ befreit werden. Der stellvertretende LCGB-Generalsekretär Christophe Knebler machte derweil auf die wachsenden Ungleichheiten, das steigende Armutsrisiko oder die wachsende Konsultierung von Sozialämtern aufmerksam. Er sprach unter anderem die Notwendigkeit einer Anpassung der Teuerungszulage an. Auch über die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes - heute maximal ein Jahr - müsse nachgedacht werden.

Wider die „NIMBY“-Mentalität

In seiner Funktion als Minister für öffentliche Arbeiten regte sich François Bausch (déi gréng) über den „NIMBY-Effekt“- kurz für „not in my backyard“ auf. Sowohl im Wohnungsbau wie auch bei Infrastrukturprojekten könne heute mehrfach mit den gleichen Argumenten Einspruch gegen ein Projekt eingelegt werden. „Hauptmission“ des Staates müsse es sein, in den kommenden fünf Jahren auf Grundstücken in öffentlicher Hand zu bauen. Zudem müsse die „Landesfläche effizient“ genutzt werden, also dichter gebaut werden. Zum Zeitpunkt seiner Äußerung waren die für das Treffen angesetzten zwei Stunden allerdings aufgrund überzogener Redezeiten schon mehr als ausgereizt. Eine wirkliche Debatte, wie sie sich zum Schluss des Treffens andeutete, kam so nicht zustande.